

Völker, Teresa

Article

Extrem normal: Die zunehmende Sichtbarkeit der äußersten Rechten

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Völker, Teresa (2024) : Extrem normal: Die zunehmende Sichtbarkeit der äußersten Rechten, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 183 (1/24), pp. 43-46, <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2024/f-26073.pdf>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327894>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Extrem normal

Die zunehmende Sichtbarkeit der äußersten Rechten

Überall in Europa, ja weltweit, werden rechtsradikale und rechtsextreme Parteien stärker; ihr Zuwachs bei Wahlen gefährdet liberale Demokratien. Die Erkenntnis wirkt wie ein Schock, denn die Entwicklung verlief schleichend und blieb lange in der Breite unbemerkt. Teresa Völker hat mit umfangreichen Analysen nachvollzogen, wie die Grenzen des Sagbaren nach und nach verschoben wurden, also: wie rechtsextremes Gedankengut salonfähig wurde.

Teresa Völker

Die radikalen und extremen Rechten haben in vielen liberalen Demokratien an Macht gewonnen. Sie bedrohen die Demokratie, indem sie ihre ausgrenzenden und autoritären Ideen mit verschiedenen Aktionsformen verbreiten: Sie mobilisieren auf der Straße, in den sozialen Medien und in den Parlamenten. In Europa haben rechtsradikale und rechtsextreme Parteien in den letzten Jahren ihren Stimmenanteil erhöht, in Italien, Ungarn, Finnland und der Schweiz sind sie derzeit an der Regierung beteiligt. Wie lässt sich dieses Erstarken der äußersten Rechten in liberalen Demokratien erklären?

Auf verschiedenen Ebenen lässt sich ein Prozess der schrittweisen Normalisierung nachzeichnen: Rechtsextremes Gedankengut gewinnt an Sichtbarkeit, Resonanz und Legitimität im öffentlichen Raum. Die Summe scheinbar harmloser Äußerungen im Alltag verschiebt die Grenzen des Sagbaren und führt zur Verbreitung rechtsextremer Ideen, die zunehmend als normal und legitim angesehen werden. Öffentliche Debatten sind für die Verbreitung dieser Ideen von entscheidender Bedeutung, denn rechtsradikale und rechtsextre-

me Akteure sind auf den „Sauerstoff“ der Öffentlichkeit angewiesen. Ohne öffentliche Sichtbarkeit wären rechtsextreme Akteurinnen und Akteure ein Randphänomen, sie könnten die breite Masse nicht erreichen.

In meiner Doktorarbeit identifiziere ich drei Triebkräfte für die Normalisierung der äußersten Rechten in Deutschland. Erstens bilden diskursive Gelegenheitsstrukturen die Grundlage dafür, dass rechtsradikale und rechtsextreme Akteure und Ideen Aufmerksamkeit und Resonanz erhalten. Das Entstehen diskursiver Möglichkeiten für die äußersten Rechten hängt von verschiedenen Faktoren ab, wie beispielsweise der politischen Kultur eines Landes oder dem Ausmaß, in dem etablierte demokratische Parteien und die Massenmedien diese Ideen und Akteure von öffentlichen Debatten ausschließen und so einen „Cordon sanitaire“ aufrechterhalten.

Der Begriff Cordon sanitaire stammt ursprünglich aus der Seuchenhygiene und bezeichnete Mobilitätsbeschränkungen, die das Übergreifen von Krankheiten von einem Gebiet in andere verhindern sollten. Ins Politische übertragen

Teresa Völker arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung in einem Forschungsprojekt zu Protest und Radikalisierung. In ihrer Promotion beschäftigt sie sich mit der Normalisierung der extremen Rechten und den Auswirkungen von islamistischer und rechtsextremer Gewalt auf die öffentliche Meinung und politische Debatten.

teresa.voelker@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

beschreibt der Begriff die Verweigerung der Zusammenarbeit mit politischen Akteuren, die im Widerspruch zu demokratischen Normen handeln, wie sie beispielsweise in Deutschland in der Verfassung verankert sind. Der Cordon sanitaire wird als Garantie dafür gesehen, dass antidemokratische Akteure und Ideologien in politischen Koalitionen nicht akzeptiert werden. Wenn der Cordon sanitaire um rechtsradikale und rechtsextreme Akteure und Ideen in öffentlichen Debatten durchlässig wird, trägt das zur wachsenden Akzeptanz rechtsextremer Ideen in der Gesellschaft bei. Dieser Prozess der Normalisierung wird aus zwei Richtungen verstärkt: Akteure der äußersten Rechten mobilisieren erfolgreich für ihre Themen und Forderungen, erhalten Unterstützung bei Wahlen und damit Zugang zu demokratischen Institutionen. Aber auch demokratische Akteure wie politische Parteien und Medien tragen zur Normalisierung bei, wenn sie politische und diskursive Allianzen mit rechtsradikalen und rechtsextremen Akteuren eingehen, deren Forderungen reproduzieren und dadurch deren Sichtbarkeit, Resonanz und Legitimität erhöhen.

Meine Forschung zeigt, dass die radikale und extreme Rechte in Deutschland in den letzten 30 Jahren von diskursiven Möglichkeiten profitiert, das heißt mehr Raum in öffentlichen Debatten bekommen hat, um ihre Themen zu set-

zen und ihre Forderungen zu verbreiten. Für eine Studie habe ich zusammen mit Daniel Saldivia Gonzatti langfristige Trends in öffentlichen Debatten untersucht. Die automatisierte Textanalyse von mehr als 500.000 Zeitungsartikeln seit den 1990er-Jahren zeigt, dass die öffentliche Sichtbarkeit der äußersten Rechten insbesondere im Kontext von Debatten um Migration und Sicherheit zugenommen hat. Die relative Medienaufmerksamkeit für die äußersten Rechte wird gemessen, indem errechnet wird, wie oft in Zeitungsartikeln rechtsradikale und rechtsextreme Akteure mit diesen Themen erwähnt werden. Der Anteil der Akteurserwähnungen an der Gesamtmenge der Sätze in Artikeln zu diesen Themen stieg von rund 0,7 Prozent in den 1990er-Jahren auf 6,6 Prozent im Zeitraum 2015 bis 2019. Dabei ist zu beachten, dass der starke Anstieg maßgeblich durch die Rechtsaußen-Partei Alternative für Deutschland (AfD) entstanden ist. Die Aufmerksamkeit für die äußersten Rechte ohne die AfD lag in diesem Zeitraum bei nur 2,6 Prozent. Darüber hinaus haben die Akteure und Themen der äußersten Rechten die Kommunikation der etablierten demokratischen Parteien beeinflusst, insbesondere in Debatten über Islamismus, internationale Politik und Migration.

Als zweite Triebkraft für die Normalisierung der extremen Rechten habe ich Ereignisse ausgemacht, die rechtsradikalen und rechtsextremen Akteuren die Möglichkeit bieten, öffentliche Debatten zu beeinflussen. In Deutschland haben Terroranschläge eine zentrale Rolle für die Verbreitung rechtsextremer Ideen gespielt. Dies zeigt meine groß angelegte Inhaltsanalyse der massenmedialen Debatten über alle sieben tödlichen islamistischen und rechtsextremisti-

„In Deutschland haben Terroranschläge eine zentrale Rolle für die Verbreitung rechtsextremer Ideen gespielt“

schen Anschläge in Deutschland von 2015 bis 2020 (insgesamt 9.047 codierte öffentliche Aussagen, über die in Zeitungsartikeln berichtet wurde). Um die Dynamiken und treibenden Kräfte in den Debatten zu erforschen, habe ich in einem neuen Verfahren quantitative Inhalts-, Netzwerk- und Frameanalyse kombi-

niert: Während quantitative Inhaltsanalysen aufzeigen, wer im Zeitverlauf die öffentliche Agenda bestimmt und welche Themen gesetzt werden, ermöglichen Netzwerk- und Frameanalysen ein vertieftes Verständnis der inhaltlichen Schnittmengen zwischen den Akteuren und ihren Interpretationsrahmen. Überraschenderweise zeigen die Ergebnisse dieser Studie, dass sowohl islamistische als auch rechtsextreme Terroranschläge günstige Bedingungen für die äußersten Rechten geschaffen und ihr die Möglichkeit eröffnet haben, öffentliche Debatten zu gestalten. Rechtsextreme und rechtsradikale Akteure waren erfolgreich darin, Sichtbarkeit zu erlangen und die Anschläge mit kulturellen und identitätspolitischen Fragen zu verknüpfen. Besonders erfolgreich war die AfD, die in öffentlichen Debatten am stärksten in Erscheinung trat – unabhängig von den ideologischen Motiven hinter den Anschlägen. Im Gegensatz dazu fanden Opfer von Anschlägen und Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten in öffentlichen Debatten kaum Gehör. Die anderen demokratischen Parteien spielten eine zentrale Rolle bei der öffentlichen Interpretation dieser Angriffe und bei der Verbreitung der Themen und Interpretationen der

äußersten Rechten. Anstatt sich auf die Perspektive der Opfer und Betroffenen zu beziehen und deren diskursive Möglichkeiten zu verbessern, haben Politiker*innen der etablierten Parteien überwiegend die Themen und Forderungen der rechtsextremen Akteure diskutiert. Beispielsweise verknüpfen sie die islamistischen Anschläge mit den Themen Sicherheit, Religion und Migration, was den Akteuren der äußersten Rechten, die diese Themen vorrangig besetzen, in die Hände spielte. Rechtsextreme Terroranschläge wurden als Aktionen von Einzelpersonen oder „einsamen Wölfen“ dargestellt, und die öffentlichen Debatten konzentrierten sich auf die Hintergründe der individuellen Radikalisierung, wie etwa psychische Erkrankungen. Im Gegensatz dazu wurden islamistische Anschläge als importierte und kollektive Sicherheitsbedrohung dargestellt und mit Muslim*innen und Migrant*innen in Verbindung gebracht.

Die Normalisierung der äußersten Rechten im Zusammenhang mit Terroranschlägen war insbesondere mit der Verbreitung dieser Interpretationsrahmen über die Ursachen und Folgen von Sicherheitsbedrohungen verbunden. Um

die Verbreitung solcher Deutungsmuster vollständig zu verstehen, habe ich analysiert, inwieweit sich solche verzerrten Debatten und rechtsextremen Deutungsmuster in der öffentlichen Meinung widerspiegeln. Als dritte Triebkraft der Normalisierung habe ich dabei die Resonanz rechtsextremer Ideen in der breiten Öffentlichkeit identifiziert. Bevölkerungsumfragen haben gezeigt, dass es eine wachsende Akzeptanz rechtsextremer Ideen und individueller Vorurteile in Deutschland gibt. Negative Stereotypen über Randgruppen wie Migrant*innen, Muslim*innen und andere ethnische und religiöse Minderheiten, deren Wurzeln teilweise weit zurückreichen, bilden den Nährboden für die Normalisierung der äußersten Rechten.

Ich habe im März 2023 ein repräsentatives Umfrageexperiment durchgeführt, um zu testen, ob sich verzerrte Wahrnehmungen von Bedrohung, die ich in öffentlichen Debatten gefunden habe, in individuellen Meinungen widerspiegeln. Dazu wurde ein Experiment auf der Grundlage von Zeitungsberichten über islamistischen und rechtsextremen Terrorismus vorgenommen. In diesem Experiment gab es drei Gruppen: Gruppe 1 las einen Zeitungsartikel über einen rechtsextremistischen Anschlag, Gruppe 2 einen Artikel über einen islamistischen Anschlag, und die Kontrollgruppe 3 erhielt keinen Zeitungsartikel. Die Ergebnisse der anschließenden Befragung zeigten, dass rechtsextreme Anschläge eher als Vorfälle wahrgenommen werden, die von einem „einsamen Wolf“ begangen wurden, und nicht so stark mit größeren Gruppen und einem sozialen Umfeld in Verbindung gebracht werden. Im Gegensatz dazu werden islamistische Anschläge eher als

eine kollektive Bedrohung wahrgenommen, die mit der breiteren Gruppe der Muslim*innen in Verbindung gebracht wird. Das führt zu einer größeren Bereitschaft in der Bevölkerung, restriktive staatliche Gegenmaßnahmen gegen diese Akteure zu unterstützen. Solche Vorurteile und die Stigmatisierung vermeintlicher Randgruppen bieten einen idealen Nährboden für die Verankerung der äußersten Rechten in Deutschland.

Insgesamt zeigen die empirischen Studien meiner Doktorarbeit, dass die äußerste Rechte in Deutschland nicht mehr am Rande der öffentlichen Debatten steht. Demokratische Parteien haben die Themen und Forderungen der äußersten Rechten zu Migrations- und Sicherheitsfragen aufgegriffen und sie von den Rändern mitten in den öffentlichen Diskurs gebracht. Das hat den Weg dafür geebnet, dass rechtsextreme Kräfte Teil des politischen Systems werden und Zugang zu demokratischen Institutionen erhalten konnten.

Im Hinblick auf das „Superwahljahr 2024“ mit der Europawahl und den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern muss diese Feststellung beunruhigen. Wie kann die Demokratie verteidigt werden? Massenmedien und Journalist*innen wie auch die demokratischen Parteien müssen einen diskursiven Schutzwall aufrechterhalten, um dem Erstarken der äußersten Rechten entgegenzuwirken. Wer die Interpretationsrahmen und Themen der äußersten Rechten übernimmt, fördert die Verbreitung rechtsextremer Inhalte. Davon profitieren am Ende vor allem rechtsextreme Kräfte als das „Original“. ●

Literatur

Mudde, Cas: *The Far Right Today*. Cambridge/Medford: Polity 2019.

Völker, Teresa: „How Terrorist Attacks Distort Public Debates: A Comparative Study of Right-Wing and Islamist Extremism“. In: *Journal of European Public Policy*, 2023. DOI: 10.1080/13501763.2023.2269194.

Völker, Teresa/Saldivia Gonzatti, Daniel: „Discourse Networks of the Far Right: How Far-Right Actors Become Mainstream in Public Debates“. In: *Political Communication*, 2024. DOI: 10.1080/10584609.2024.2308601.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Niko: *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 2023.